Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrte Kollegen,

sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst würde ich Sie darum bitten, meine Rede so ruhig anzuhören, wie ich das bei den Reden Ihrer Fraktionen getan habe. Ich habe Sie weder unterbrochen, noch bin ich mit einer zur Schau gestellten Empörung aus dem Saal gegangen.

Ich denke, es ist nicht zu viel verlangt, wenn ich genau dieselbe Erwartungshaltung an Ihr Verhalten mir gegenüber habe.

Alle Jahre wieder – so auch jetzt. Die Haushaltsberatungen sind am Ende und das Fell ist verteilt.

Dieses Mal ist aber dann doch eigentlich alles ganz anders.

Schauen wir uns zunächst die Faktoren an, die auf uns im kommenden Jahr wirken werden.

Die Energiewende, die aus physikalischen und ökonomischen Gründen gar nie funktionieren konnte, wird uns im kommenden Jahr in ein tiefes Tal der wirtschaftlichen Tränen schicken. Die Medien haben jahrzehntelang auf alle Arten Stimmung gegen die besten Atomkraftwerke der Welt gemacht. Das hat dazu geführt, dass wir einer kleinen Minderheit von Technikleugnern auf den Leim gegangen sind - diese haben uns erfolgreich weisgemacht, man könne mit Luft und Licht eines der größten Industrieländer der Welt am Laufen halten.

Unsere Bürger und unsere Wirtschaft, auch unser Haushalt, müssen deshalb im kommenden Jahr immense Lasten tragen.

Ich zitiere Bundeswirtschaftsminister Habeck, bekanntermaßen Märchenbuchautor: „Die Fossilen und die Atomkraft, sie haben uns diese Energienot beschert. Sie sind nicht die Lösung des Problems, sondern die Ursache.“ Kurze Zeit zuvor hat Minister Habeck noch behauptet, wir hätten gar kein Stromproblem.

Das Schlimmste an dieser zur Schau getragenen Ahnungslosigkeit – ich bin im Übrigen der festen Überzeugung, dass er ganz bewusst die Unwahrheit gesagt hat, denn das pure Gegenteil entspricht den Tatsachen – ist, dass er für diese beiden Sätze tosenden Beifall bekommen hat.

Sehr geehrte Kollegen: Die deutsche Energiewende funktioniert nur dann, wenn wir Atomstrom aus Frankreich geliefert bekommen. So sieht es tatsächlich aus.

Und dann noch diese unglaubliche Überheblichkeit unserer Bundespolitik, welche meinte, einen Wirtschaftskrieg gegen das größte Land der Erde und gegen das rohstoffreichste Land der Erde anzetteln zu müssen,

Zitat Außenministerin Baerbock zu Russland „Es wird keinen Weg zurück geben.“

hat der realitätsbefreiten Politik der Energiewende den vorzeitigen Todesstoß versetzt.

Selbstverständlich wird es auch eine Zeit nach diesem Krieg geben und wir werden schon allein aus Eigeninteresse alles daransetzen müssen, mit Russland ein mindestens auskömmliches Verhältnis haben zu können.

Die aktuelle Russlandpolitik ist genauso weit von den Realitäten entfernt, wie unsere Energiepolitik das ist und beides wird uns spätestens im kommenden Jahr gewaltig auf die Füße fallen.

Dazu kommt, dass Geld gedruckt wird, als ob es kein Morgen geben würde – wie noch nie in der Nachkriegszeit. Eine rekordhohe Inflation ist die Folge – schon jetzt und vor allem für diejenigen, die für ihr Geld arbeiten müssen, bedeutet dies praktisch eine Enteignung.

„Tempi passati“ – vorbei ist vorbei - die Vergangenheit können wir nicht ändern. Sie habens in Berlin vermasselt.

Wobei.

Man sieht es an unserer Coronapolitik, dass es auch immer durchaus viele Interessensträger gibt, die ein totes Pferd noch weiter reiten wollen. Ich beziehe mich hierbei insbesondere auf unseren Bundescoronaminister, der den Pandemie-Ausnahmezustand als Normalität ansieht.

Corona – isch over. Allerspätestens seit dem Jahreswechsel auf dieses Jahr.

Energiewende – isch so was von over – allerspätestens seit April.

Sie wurde nur von billigem russischem Erdgas überhaupt am Laufen gehalten.

Die arbeitende Bevölkerung dieses Landes hat dieses Land zu einem großartigen Land gemacht, nach der Katastrophe des Dritten Reiches. Aber wir werden zur Zeit in Berlin in Grund und Boden regiert.

Sehr geehrte Kollegen.

Wir können es hier im Kreis nicht halten – aber das sind aber die Rahmenbedingungen, welche uns die Bundespolitik, auch die Landespolitik im Übrigen, setzt.

Welche Schlüsse würde die schwäbische Hausfrau bei diesen Rahmenbedingungen ziehen?

Man wird auf Nummer sicher gehen – „Auf Sicht fahren“ heißt es immer. Das Geld zusammenhalten. Wie auch immer man es sagen will.

Das bedeutet nichts anderes, als dass man schaut, dass man beim Eintreffen der höchstwahrscheinlichen Prognosen, die wirklich sehr schlecht sind, möglichst viel Flexibilität und finanzielle Handlungsspielräume behält.

Und das wiederum kann nur bedeuten, dass man sämtliche Ausgaben auf die Notwendigkeit hin abklopft und diese dann in folgende drei Kategorien einteilt:

- Kosten, die unvermeidlich sind.

- Kosten die man sich leisten will, aber sich nicht leisten muss. Neuschwäbisch: „Nice to have“. Oder: Man darf sich auch etwas leisten.

Und man wird noch eine dritte Kategorie bilden, die man ungefähr mit „Sinnloses, Kontraproduktives, Quatschausgaben“ umschreiben würde.

Über die „Muss-Ausgaben“ brauchen wir uns nicht unterhalten. Die sind halt da und bei diesen lässt sich vielleicht der Höhe nach etwas machen.

Wir sind auch noch nicht am absoluten Ende angelangt, sondern stehen erst am Anfang des Endes. Aus diesem Grund führe ich nur Ausgaben der drittgenannten Kategorie hier an.

Darum soll es jetzt gehen.

Dass wir Jahr um Jahr Geld für CO2-Sparmaßnahmen ausgeben, die bestenfalls einen Mini-Effekt haben – und über diesen muss man noch diskutieren - das ist das Eine.

Dass aber unsere Bundesregierung seit Jahren ein Programm fährt, Anlagen der großtechnischen CO2-Vermeidung bei uns im Land zu sprengen –und zwar eine Anlage nach der anderen- das kann es dann wirklich nicht mehr sein.

Sehr geehrte Kollegen. Nehmen Sie es mir nicht übel – aber ich denke, wir sollten angesichts dieses Verhalten des Bundes auch die Geldbeträge für die im Haushalt eingestellten CO2-Maßnahmen einfach wegstreichen, zumal das Verhalten der Klimaextremisten eindeutig zeigt, dass wir es hier eigentlich mit einer demokratiefeindlichen Weltuntergangssekte zu tun haben und nicht mit realpolitischen Forderungen.

Auch in diesem Jahr schaukeln die Busse Kilometer um Kilometer leer durch die Gegend. Auch dieser Punkt hat es in diese dritte Kategorie geschafft. Und niemand hier im Gremium hat sich auch nur in diejenige Richtung geäußert, diese sinnlose Geldausgeberei in Frage zu stellen.

Es nimmt niemand den Bus, der es nicht unbedingt muss. Das ist jetzt so und das wird auch in Jahren so sein, vorausgesetzt, die Bevölkerung wird nicht in die vollständige Verelendung hineinregiert werden. Dem Antrag der Landkreisverwaltung zufolge, werden wir auch im kommenden Jahr ich schätze hunderttausende Euro auf diesem Weg in den Sand setzen.

Die Talgangbahn.

Ich gehe fest davon aus, dass keine Eisenbahngenehmigungsbehörde der westlichen Welt den Bahnübergang in der Poststraße in Ebingen, so wie geplant, genehmigen wird.

Auch die Brücke über die Gartenstraße, das Häringsteinviadukt insgesamt, halte ich, so wie bisher vorgesehen, für nicht genehmigungsfähig.

Das Bauwerk ist jetzt über einhundert Jahre alt. Entweder muss durch einen Gutachter nachgewiesen werden, dass der alte Unterbau die neuen Lasten abtragen kann – oder man wird diesen Unterbau nach den aktuellen Baunormen neu errichten müssen.

Sind wir realistisch: Dieser gutachterliche Nachweis wird gar nicht zu erbringen sein – ein Neubau des kompletten Häringsteinviaduktes wird unumgänglich werden – und damit wird der NKI von 1 unterschritten – damit ists wiederum mit der Zuschussfähigkeit des Projektes vorbei.

Treffen wir die vorgenannten Annahmen nicht, werden wir als Landkreis die Mehrkosten voraussichtlich in voller Höhe tragen, weil man uns eine falsche Planung unterstellen wird.

Zurecht im Übrigen.

Das Gegenteil meiner Aussagen könnte von der Landkreisverwaltung einfach dadurch bewiesen werden, dass man ein entsprechendes Genehmigungsverfahren bei den Aufsichtsbehörden einleitet. Dann sieht man, wo man liegt und das würde Rechtssicherheit verschaffen, die man braucht, bevor man wieder so viel Geld eingesetzt hat, dass man nicht mehr zurück kann.

Diese Vorgehensweise würde ich der Landkreisverwaltung von dieser Stelle aus einfach mal nahelegen.

Die Talgangbahn – isch meiner festen Überzeugung nach ebenfalls over.

Wie der vor Jahren vom Gremium beschlossene Radwegekoordinator seine Arbeitszeit verbringt. Entschuldigung. Das frage ich mich immer mal wieder. Auch der Radwegekoordinator gehört in die Kategorie „Sinnloses, Kontraproduktives, Quatschausgaben“ einsortiert.

Und was machen wir? Wir stellen jetzt noch einen Klimaschutzmanager ein und bei der Stelle des, Zitat „Mobilitätsmanager (Straßen- und Radwegebau)“, soll mit dem neuen Haushaltsplan gleich auch noch der „kann wegfallen“-Vermerk wegfallen.

Ich frage hiermit die Landkreisverwaltung hochoffiziell an, was dieser Mann (m/w/d) den lieben langen Tag überhaupt macht, was die von ihm verursachten Kosten auch nur halbwegs rechtfertigen würde. Ich gehe davon aus, dass es niemandem auffallen würde, wenn diese Stelle einfach nicht vorhanden wäre. Aber zahlen müssen wir ja trotzdem.

Und im nächsten Schritt jammern wir dann über einen Fachkräftemangel.

Sehr geehrte Kollegen: Wir hätten genug Fachkräfte, wenn wir nicht dauernd Studenten, die nichts Gescheites studiert haben, dann auch noch mit der Einrichtung von zusätzlichen Stellen für ihre Studienwahl belohnen würden. Es sind nicht nur die zusätzlichen Kosten für die – ich nenne es jetzt einfach mal hochtrabend - Arbeitskräfte, welche jetzt von der tatsächlich arbeitenden Bevölkerung aufgebracht werden müssen. Nein. Diese Leute wollen sich in ihrem Beruf ja auch noch selbst verwirklichen – weitere Kosten werden deshalb auf den Kreishaushalt zukommen und damit auf diejenigen, die dieses Land tatsächlich am Laufen halten.

Die geplanten festen Blitzer des Landkreises haben es ebenfalls in diese Kategorie Ausgaben geschafft. Die Autofahrer werden schon jetzt an allen Ecken und Enden geschröpft. Offensichtlich reicht das jetzt aber nicht mehr.

Gerade Geislingen ist ein schönes Beispiel, wie man den Autofahrer in diesem Land zum Staatsfeind Nummer eins erklären will. Zuerst senkt man auf der Hauptverkehrsstraße das Tempo auf 30. Auf den Nebenstraßen lässt mans bei 50. Und dann stellt man Blitzer auf und will abkassieren.

Sehr geehrte Kollegen: Straßen sind dazu da, dass man auf diesen fährt und dass diese eine Transportleistung erbringen, bzw. diese Transportleistung überhaupt erst ermöglichen. Und das ist gut so.

Zu Zeiten des Königreiches wusste man in diesem Land noch, dass ohne Straßen, ohne Straßenverkehr, kein Wohlstand möglich ist – aber heute wissen wir ja alles besser.

Der Punkt, dass wir eine mobile Holzhackschnitzelheizung kaufen wollen, ist hier, weil ich das unter „Quatschausgabe“ einsortiere.

Sehr geehrte Kollegen. Überschlägig gesagt, beinhaltet ein Kilogramm Holzhackschnitzel eine Kilowattstunde Energie. Ein Kilogramm Heizöl beinhaltet aber überschlägig zehn Kilowattstunden Energie – es ist tatsächlich nochmals mehr.

Das heißt nichts anderes, dass ich den zehnfachen Aufwand habe, solch eine mobile Notheizung am Laufen zu halten, wenn ich partout darauf bestehe, dass ich diese Mischung aus Luft, Wasser, Erde Rindenabfällen und Holz als Brennstoff verwenden will. Nichts anderes sind nämlich Holzhackschnitzel.

Ich kann schon jetzt sagen, was passieren wird.

Die Anlage bleibt einfach im Depot stehen und gammelt vor sich hin, weil diese Heizung aufgrund der nicht vorhandenen Praktikabilität niemand einsetzen wird.

Wir kaufen diese Heizung aber nicht, damit diese rumsteht und rumgammelt und nicht eingesetzt wird, sondern dafür, dass wir in Notfällen eine schnell einsetzbare Möglichkeit haben, größere Räume zuverlässig und mit angemessenem Aufwand heizen zu können.

Und dafür fehlt es bei Holzhackschnitzelanlagen schon allein an den Grundvoraussetzungen.

Die Erhöhung der Kreisumlage ist aber überwiegend auf die Einwanderung in die Sozialsysteme zurückzuführen. Diese ist wiederum für den Staat offensichtlich immer noch zu gering, weshalb Ihre Stuttgarter und Berliner Kollegen Anreize für Einwanderung zu unseren Lasten immer weiter erhöhen.

Zitat Katrin-Göring Eckart: „Weil wir auch Menschen hier brauchen, die in unseren Sozialsystemen zuhause sind und auch zuhause fühlen.“ Deshalb will Katrin Göring-Eckart Einwanderung zu uns haben.

Die Folge dieses Regierungshandelns sind weiter explodierende Soziallasten in diesem Land zu Lasten der einheimischen Bevölkerung in Form der Erhöhung der Kreisumlage, Wohnungsnot für die einheimische Bevölkerung und der Umstand, dass die Verhältnisse unserer Städte sich immer mehr denjenigen der französischen Banlieues angleichen.

Ebingen lässt in diesem Punkt grüßen – aber auch sonst.

***

Antrag?

***

Ich zitiere Peter Scholl-Latour – der Satz wird dem ausgewiesenen Kenner der Dritten Welt jedenfalls zugeschrieben: „Wer halb Kalkutta aufnimmt, rettet nicht Kalkutta, sondern der wird selbst Kalkutta."

Es gibt keinerlei Zweifel: Ja. In der Zwischenzeit sind Orte wie Illerkirchberg - weniger als 5000 Einwohner - wegen der Politik Ihrer Kollegen Teil von Kalkutta.

Wir haben wieder einen enormen Stellenzuwachs im Haushaltsplanentwurf.
Ganz überwiegend ist dieser das Ergebnis von ideologiegetriebener Politik auf allen Ebenen. Und ja: Auch hier ist es überwiegend die Einwanderung in die Sozialsysteme, welche dafür verantwortlich ist.

Wenn es im Kreis um aber Stellen geht, welche der einheimischen Bevölkerung nützen – wenn es zum Beispiel um einfache und grundlegende Dinge geht, wie darum, dass unsere Kinder ihren Führerschein bekommen oder dass LKW-Fahrer auch über das 50ste Lebensjahr hinaus ihren Beruf ausüben können – dann sieht man in diesem Stellenplan der Landkreisverwaltung null komma fünf Stellen zusätzlichen Handlungsbedarf.

Sehr geehrte Kollegen. So wird im nicht mehr funktionierenden Teil Deutschlands, in Berlin regiert. Ich gehe fest davon aus, dass es Konsens ist, dass wir hier einen anderen Anspruch an unsere Verwaltung haben.

Noch ein paar Worte zum Zentralklinikum. Der Rems-Murr-Kreis musste vor einigen Jahren auch um jeden Preis ein Zentralklinikum haben. Das Ergebnis ist, dass die Finanzen des Kreises auf Jahrzehnte hinaus zerrüttet sein werden.
Im Nachbarkreis, dem Ostalbkreis gibt es ähnliche Pläne. Hier spricht man mittlerweile von einer Elbphilharmonie, die gebaut werden solle.

Ich kann nur sagen: Sei schlau und mache es nicht wie der Rems-Murr-Kreis oder auch wie der Ostalbkreis. Ein Stuttgart 21 hat im Land anscheinend nicht gereicht – aber müssen wir dann unbedingt deshalb ein Zollernalbkreis 21 haben?

Ich meine das nicht.

Dass Volksvertreter die Treuhänder unserer Bevölkerung – und hier ist das Wort „Volk" am richtigen Platz – sein sollen, das haben viele Volksvertreter schon längst in den Wind geschossen.

Ein Treuhänder wird die Interessen desjenigen, der ihm das Vertrauen ausgesprochen hat, wahren und so handeln, als ob er selbst oder seine eigenen Nachkommen diejenigen wären, welche von seinen Entscheidungen als Treuhänder betroffen sind.

Sehr geehrte Kollegen. Die Erhöhung der Einnahmen, so wie von der Landkreisverwaltung beantragt, sind in der aktuellen Situation Gift. Die Einnahmen des Landkreises sind nichts anderes als die Ausgaben der Bevölkerung des Landkreises. Die aktuelle Rekord-Inflation wird dadurch weiter angeheizt werden, da die Gemeinden diese Erhöhung eins zu eins an ihre Bürger durchreichen werden. Diese Erhöhung wäre auch nicht erforderlich, ich habe das ausführlich in meiner Kategorie „Sinnloses, Kontraproduktives, Quatschausgaben“ dargelegt.

Schulden machen ist aber auch keine Lösung – dann vervespern wir das Morgen unserer Kinder im Heute.

Wir müssen also an die Kosten ran.

Am wenigsten von der Erhöhung der Kreisumlage werden die arbeitenden Angestellten des Landkreises haben, also diejenigen, welchen wir am meisten zu verdanken haben. Ich nenne die Winterdienstler als Beispiel für diese Gruppe, denen ich hier von dieser Stelle meinen ausdrücklichen Dank für das im Lauf des Jahres Geleistete aussprechen möchte. Jeder andere in der Landkreisverwaltung, der auch tatsächlich arbeitet, darf diesen Dank auch auf sich beziehen.

Sehr geehrte Kollegen. Ich denke, dass es angesichts der vorgenannten Ausführungen niemanden hier verwundern wird, dass ich bei der Abstimmung zum Haushalt mit „Nein“ stimmen werde. Ich wüsste jetzt auch nicht, wo ich in meinen Feststellungen falsch liegen würde - es liegt einfach zu viel im Argen.

Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit bei meinen Ausführungen.

***

Es gilt das gesprochene Wort.